

Besitzerschein:
Beim Bezug durch die
Geschäftsstelle innerhalb
Dresdens 1,50 M. (einfache
Ausgabe), durch die Post
im Deutschen Reich 2 M.
(postfrisch bezahlt);
außerhalb
1,80 M.

Abgabe-Rabatt:
Die Ausgabe durch die
Geschäftsstelle bekannt, oder
von dieser nicht ein-
wierdigtes Beispiele be-
hauptet, so ist das Abgabek-
beträgt.

Dresdner Journal.

Herausgegeben von der Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Zwingerstraße 20. — Herauspr.-Anschluß Nr. 1295.

Festliches Werbegeschenk. 5 M.

Wahlbestimmungsergebnisse:
Die Seite dieses Schriftsatzes
ist mit gespaltenem Reichs-
wappen-Schild über dem Namen
Nr. 1. Bei Tabellen- und
Büchern ist es im Aufdruck
für die Seite Unteres Re-
ichswappen-Schild (eingekreist) die
Zeichen mittlerer Schild oben
über dem Namen Nr. 1.
Gebühren - Erneuerung bei
Starter Wiederholung.
Abnahme der Ausgaben bis
mindestens 12 Uhr für die nach-
mittags erscheinende Ausgabe.

N 24.

Donnerstag, den 30. Januar nachmittags.

1902.

Amtlicher Teil.

Dresden, 30. Januar. Se. Kaiserl. und Königl. Hoheit der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen ist gestern abend 7 Uhr 15 Minuten nach Bonn abgereist.

Dresden, 30. Januar. Se. Königl. Hoheit der Fürst von Hohenlohe ist heute vormittag 11 Uhr 5 Minuten in Dresden eingetroffen und hat im Prinzl. Palais in der Zwingerstraße Wohnung genommen.

Se. Präfekt der König haben Allergnädigst ge-ruht, dem Strafmeister a. D. Imhof in Gersdorf bei Hainichen das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Bekanntmachung.

Die laue Bekanntmachung vom 10. August 1869 nach Maßgabe der Verordnung vom 16. September 1866 zum Geschäftsbetriebe im Königreiche Sachsen zugelassene Versicherungsanstalt

The Gresham,

Life Assurance Society Limited zu London, beschreibt sich seit dem 1. Januar 1902 auf die Abschaffung der vor diesem Termine abgeschlossenen Verträge und hat für diese Geschäfte Karl Max Weinberg mit dem Besuch in Dresden als Hauptverwaltungen für das Königreich Sachsen bestellt.

Dresden, am 28. Januar 1902.

Ministerium des Innern,
Abteilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel.

814 Dr. Bodel.

Genehmigungen, Verzeichnungen u. c. im öffentl. Dienste.
Am Geschäftsbereiche des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Zu beleben: die zweite Lehrersecke in St. Michaelis. Toll.: die obere Schulbehörde. 1200 M. Grundgehalt, 300 M. pers. Gehalts. 180 M. f. Turnunterricht u. d. Wohnung in Harteneckstrasse. Seine 18. Jahr. an Schulen Dr. Müller, Dresden; — bis 2. Jahr. Seine in Grünberg. Toll.: die obere Schulbehörde. 1200 M. Grundgehalt, 300 M. pers. Gehalts. 110 M. f. Fortbildungsschule. d. Wohnung z. Harteneckstrasse mit 1. Mittl. Prognos. einst. eines Wohlberufes ansetzen. Bis 8. Jahr. an Bezirkshauptleiter Richter. Kunden 1. B.

(Behördl. Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenblatt.)

Nichtamtlicher Teil.

Die Reichstags-Ersatzwahl in Döbeln.

Die Reichstags-Ersatzwahl in Döbeln hat, wie schon die Meldung in unserer gestrigen Nummer mit Sicherheit erkennen ließ, der Sozialdemokratie bereits im ersten Wahlgange den Sieg gebracht. Nach dem jetzt vorliegenden vollständigen Ergebnis haben erhalten Fabrikant Grümburg (Döb.) 11781, Landtagsabgeordneter Dr. Vogel (Dresden) 6119 und Amtsdirektor Sachse-Werlich (Königl. und B. d. L.) 5340 Stimmen. Grümburg ist somit mit 160 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt worden. Das Mandat war durch den Tod des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Lehre erledigt worden. In der Hauptwahl im Jahre 1898 erhielt dieser 5938, der Kandidat der Konservativen

5406 Stimmen, während für den Sozialdemokraten 9758 Stimmen abgegeben wurden. In der Stichwahl wurde Dr. Lehre mit 1195 Stimmen gewählt, während sich auf den sozialdemokratischen Kandidaten 10681 Stimmen vereinigten. Gegen 1898 vereinigte der sozialdemokratische Kandidat 2023 Stimmen mehr auf sich, als der damalige Bewerber auf das Mandat, der denselben Partei angehört. Wie weit dies auf offizielle oder persönliche Verhältnisse zurückzuführen sein möchte, entzieht sich vorläufig der Beurteilung. jedenfalls aber ist auch dieser Vorgang wieder ein Beweis dafür, dass es höchst unverantwortlich ist, wenn die nationalen Parteien sich nicht von vornherein auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen und sich den Zugang von Sonderkandidaturen gestatten mit dem Rückhalt, dass man ja im Falle bei der Stichwahl immer noch zusammengehen könnte. Ob in diesem Falle der Bund der Landwirte oder die Nationalliberalen geglaubt haben, den einfachsten Gebote der politischen Rücksicht zu widerholen zu können, sei dahingestellt; zweifellos ist das eine sicher: wenn nicht, wie in den Landestagen mit polnischen, mit dänischen, mit sonst protestantischen, so auch in denen mit einer von der sozialdemokratischen Wahlvorstellung ausgehenden Fabrikarbeiterbewegung schon zu den Hauptwahlen die auf nationalem Boden stehenden Parteien das Opfer der gesonderten Parteiaufstellung zu bringen vermögen und aus das Gewinnmarkttieren verzichten, so werden sie noch in nicht wenigen Wahlkreisen von den zielbewussten Gegnern der historisch gegebenen Ordnung der Dinge im Deutschen Reich auf Haupt geschlagen werden.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ glaubt ihrer Sache gerecht zu werden und zu dienen, indem sie schreibt, die Wahl sei eine neue vernichtende Niederlage für die Brodwucherer! Man begreife deren brennendes Verlangen, ihr volksverdächtiges Buchergericht mit aller Heftigkeit durch die parlamentarische Bevölkerung durchzupassen, denn die Waffe des „ausgeworfenen“ Volkes werde mit ihnen eine durchbare Abrechnung halten.

Das ist die Methode der Aufzehrung der Wähler gegen die Parteien, die den Schutz der heimischen Gütererzeugung den gegebenen Verhältnissen entsprechend ausgestalten wollen — und die man ja als Brodwucherer denunziert — nach Lage der Dinge eingeschränkt sei, als die der Aufklärung der politisch einfältigen, augenblicklich aber leider teils sehr indolenten, teils mit durch den wirtschaftlichen Rückzug im Mitleidenschaft gezogenen Angehörigen der burgherlichen Parteien, ist wiederholt an dieser Stelle hervorgehoben worden. Wir legen auch bereit, dass die erste Methode noch um so größere Erfolge dorftanzen werde, je länger es dauere, bis der Zolltarif aus der Diskussion wieder ausgeschieden werden könnte. Ob die „Sächsische Arbeiterzeitung“ ein Recht dazu hat, den Mund so voll zu nehmen, wie sie es zu thun beliebt, mögen die Leser selbst entscheiden, wenn sie sich berechnen, dass der konservative Kandidat gegen die lezte Wahl allerdings 66 Stimmen weniger auf sich vereinigt hat, während der nationalliberalen 181 mehr davontrug. Unsere Gesamtbewertung des Vorganges wird durch das Gewicht dieser Teilergebnisse selbstverständlich nicht berührt.

Der Ausbau der Flotte.

In seiner gestrigen Morgennummer veröffentlicht der „Vorwärts“, das Centralorgan der Sozialdemokratie, einen weiter unten im Wortlaut wieder-

gegebenen vertraulichen Entwurf des Staatssekretärs des Reichs-Marineministeriums an die ihm unterstellte Behörde. Die Richtigkeit des Altershauses in der vom „Vorwärts“ veröffentlichten Form ist seitens des Herrn Staatssekretärs des Reichs-Marineministeriums in der gesetzlichen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages anerkannt worden, wo der Abgeordnete Müller-Sagan die Marineverwaltung über den Inhalt interpelliert. Staatssekretär v. Titzki erklärte dabei dem Erlaß als authentisch, bewahrte die vorgetragene Indiskretion, bez. den Diebstahl ähnlich vertraulichen Materials, befand sich aber zu dessen Inhalt und führte aus, der Erlaß enthalte durchaus nichts Neues, sondern sei nur eine Konsequenz der Stellung des Reichs-Marineministeriums zum Flottengesetz. Der Herr Staatssekretär verfasste zu diesem Zwecke seine am 6. Juni 1900 im Reichstag amtiell vertragene Ausführungen über die weitere Behandlung der in dem Flottengesetz nur vorläufig zurückerstellten Ausland-Flotte. Von verschiedenen Redfern, namentlich auch von dem Abgeordneten Müller-Halda (B.) wurde darauf hingewiesen, dass der Erlaß nichts Entsprechendes an sich habe, da es ja noch wie vor in den Händen des Reichstags liege, zu prüfen, ob die finanziellen und sozialen innerpolitischen Veränderungen, von denen der Erlaß selbst spricht, vorhanden seien, um zu einer weiteren Vermehrung unserer Flotte zu gelangen.

Eine so ruhige und sachliche Behandlung ihres neuesten Sensationsstückes hat die Sozialdemokratie wohl kaum erwartet, wenigstens hat ihr Organ die Veröffentlichung des gestohlenen Entwurfes mit dem üblichen Schimpfen begleitet. Der Erlaß selbst lautet:

Bei Auflösung der Beratungen zum jetzigen Flottengesetz dient als Grundlage für die Gesamtentwicklung der Marine lediglich der Gedankepunkt, jährlich eine gleiche Anzahl von Schiffen in Bau zu geben, und zwar wurde das jährliche Bootempo auf

- 2 Minen-Schiffe,
- 1 großen Kreuzer,
- 3 kleine Kreuzer

festgelegt.

Eine parallel laufende planmäßige Steigerung der Dienstschiffungen, um besonders der möglichst leichtbaulichen Organisationen des Flottenaufbaus zu entsprechen, müsste in den Beratungen vorliegen, um nicht größere Verzögerungen zu erzielen. Da eine den anwachsenden Schiffsbauende entsprechende Steigerung der Dienstschiffungen für die Jahre 1906 bis 1910 zu jenseits der Beratungszeit der „Vorwärts“ ergaben hätte, so ist die „Vorwärternen Ausgaben“ ergänzt worden, um die Flottenvorlage auf neue Steuern nicht durchführbar gewesen zu sein. Der Flottengesetz ist daher nicht durchführbar geworden.

Noch den bisherigen Absichten soll dem Reichstag im Winter 1904/05 eine Novelle zum Flottengesetz vorgelegt werden.

Der Inhalt des Novells selbst wird sich zwar nur auf die zahlenmäßige Steigerung der Auslandsschiffe erstrecken, die begründete Begründung aber wird

- 1. den Schiffbauplan für die nächsten 5 Jahre (1906 bis 1910),
- 2. einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtosten der Marine innerhalb dieser Periode (1906 bis 1910) geben müssen.

Russland im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches noch irgendwie gefestigt, wird man den Bericht machen, in der vorausgegangen Begründung zur Flottenvorlage die plausiblere Entwicklung der Dienstschiffungen in den Jahren 1906 bis 1910 den westlichen Schiffsbau und den zu beschaffenden Betriebsstoffen anpassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ ergänzen. Bei der Beratung der Beratungen zum jetzigen Flottengesetz wird der Gedankepunkt, jährlich eine gleiche Anzahl von Schiffen in Bau zu geben, und zwar wurde das jährliche Bootempo auf

2. einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtosten der Marine innerhalb dieser Periode (1906 bis 1910) geben müssen.

Russland im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches noch irgendwie gefestigt, wird man den Bericht machen, in der vorausgegangen Begründung zur Flottenvorlage die plausiblere Entwicklung der Dienstschiffungen in den Jahren 1906 bis 1910 den westlichen Schiffsbau und den zu beschaffenden Betriebsstoffen anpassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ ergänzen.

Eine wie hohe jährliche Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ seinerzeit in den Reichstag vorliege, ist einestaatliche Frage, deren Entscheidung vorhergeholt bleiben muss.

Von grösster Wichtigkeit aber ist es, vollständig klare Ausführungen darüber zu gewinnen, welche Steigerung der Dienstschiffungen noch Wagnisse zu bringen ist, um den Betriebsstoffen anpassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ ergänzen.

Einige vorherige Abschätzungen der „Vorwärternen Ausgaben“ seinerzeit in den Reichstag vorliegen, würden zwar auf die zahlenmäßige Steigerung der Auslandsschiffe erfreuen, die begründete Begründung aber wird

- 1. den Schiffbauplan für die nächsten 5 Jahre (1906 bis 1910),
- 2. einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtosten der Marine innerhalb dieser Periode (1906 bis 1910) geben müssen.

Bei der Beratung der Beratungen zum jetzigen Flottengesetz wird der Gedankepunkt, jährlich eine gleiche Anzahl von Schiffen in Bau zu geben, und zwar wurde das jährliche Bootempo auf

2. einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtosten der Marine innerhalb dieser Periode (1906 bis 1910) geben müssen.

Russland im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches noch irgendwie gefestigt, wird man den Bericht machen, in der vorausgegangen Begründung zur Flottenvorlage die plausiblere Entwicklung der Dienstschiffungen in den Jahren 1906 bis 1910 den westlichen Schiffsbau und den zu beschaffenden Betriebsstoffen anpassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ ergänzen.

Eine wie hohe jährliche Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ seinerzeit in den Reichstag vorliege, ist einestaatliche Frage, deren Entscheidung vorhergeholt bleiben muss.

Von grösster Wichtigkeit aber ist es, vollständig klare Ausführungen darüber zu gewinnen, welche Steigerung der Dienstschiffungen noch Wagnisse zu bringen ist, um den Betriebsstoffen anpassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ ergänzen.

Einige vorherige Abschätzungen der „Vorwärternen Ausgaben“ seinerzeit in den Reichstag vorliegen, würden zwar auf die zahlenmäßige Steigerung der Auslandsschiffe erfreuen, die begründete Begründung aber wird

- 1. den Schiffbauplan für die nächsten 5 Jahre (1906 bis 1910),
- 2. einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtosten der Marine innerhalb dieser Periode (1906 bis 1910) geben müssen.

Russland im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches noch irgendwie gefestigt, wird man den Bericht machen, in der vorausgegangen Begründung zur Flottenvorlage die plausiblere Entwicklung der Dienstschiffungen in den Jahren 1906 bis 1910 den westlichen Schiffsbau und den zu beschaffenden Betriebsstoffen anpassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ ergänzen.

Eine wie hohe jährliche Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ seinerzeit in den Reichstag vorliege, ist einestaatliche Frage, deren Entscheidung vorhergeholt bleiben muss.

Von grösster Wichtigkeit aber ist es, vollständig klare Ausführungen darüber zu gewinnen, welche Steigerung der Dienstschiffungen noch Wagnisse zu bringen ist, um den Betriebsstoffen anpassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ ergänzen.

Einige vorherige Abschätzungen der „Vorwärternen Ausgaben“ seinerzeit in den Reichstag vorliegen, würden zwar auf die zahlenmäßige Steigerung der Auslandsschiffe erfreuen, die begründete Begründung aber wird

- 1. den Schiffbauplan für die nächsten 5 Jahre (1906 bis 1910),
- 2. einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtosten der Marine innerhalb dieser Periode (1906 bis 1910) geben müssen.

Russland im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches noch irgendwie gefestigt, wird man den Bericht machen, in der vorausgegangen Begründung zur Flottenvorlage die plausiblere Entwicklung der Dienstschiffungen in den Jahren 1906 bis 1910 den westlichen Schiffsbau und den zu beschaffenden Betriebsstoffen anpassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ ergänzen.

Eine wie hohe jährliche Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ seinerzeit in den Reichstag vorliege, ist einestaatliche Frage, deren Entscheidung vorhergeholt bleiben muss.

Von grösster Wichtigkeit aber ist es, vollständig klare Ausführungen darüber zu gewinnen, welche Steigerung der Dienstschiffungen noch Wagnisse zu bringen ist, um den Betriebsstoffen anpassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ ergänzen.

Einige vorherige Abschätzungen der „Vorwärternen Ausgaben“ seinerzeit in den Reichstag vorliegen, würden zwar auf die zahlenmäßige Steigerung der Auslandsschiffe erfreuen, die begründete Begründung aber wird

- 1. den Schiffbauplan für die nächsten 5 Jahre (1906 bis 1910),
- 2. einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtosten der Marine innerhalb dieser Periode (1906 bis 1910) geben müssen.

Russland im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches noch irgendwie gefestigt, wird man den Bericht machen, in der vorausgegangen Begründung zur Flottenvorlage die plausiblere Entwicklung der Dienstschiffungen in den Jahren 1906 bis 1910 den westlichen Schiffsbau und den zu beschaffenden Betriebsstoffen anpassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ ergänzen.

Eine wie hohe jährliche Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ seinerzeit in den Reichstag vorliege, ist einestaatliche Frage, deren Entscheidung vorhergeholt bleiben muss.

Von grösster Wichtigkeit aber ist es, vollständig klare Ausführungen darüber zu gewinnen, welche Steigerung der Dienstschiffungen noch Wagnisse zu bringen ist, um den Betriebsstoffen anpassen und zu diesem Zweck eine ausreichende Steigerung der „Vorwärternen Ausgaben“ ergänzen.

Einige vorherige Abschätzungen der „Vorwärternen Ausgaben“ seinerzeit in den Reichstag vorliegen, würden zwar auf die zahlenmäßige Steigerung der Auslandsschiffe erfreuen, die begründete Begründung aber wird

- 1. den Schiffbauplan für die nächsten 5 Jahre (1906 bis 1910),
- 2. einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtosten der Marine innerhalb dieser Periode (1906 bis 1910) geben müssen.

Russland im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reiches noch irgendwie gefestigt, wird man den Bericht machen, in der vorausgegangen Begründung zur Flottenvorlage die plausiblere Entwicklung der Dienstschiffungen in den Jahren 1906 bis 1910 den